

Fraktionsgemeinschaft ÜB / FDP:

Position zum Haushalt der Stadt Dachau für das Jahr 2021

(von Dr. Peter Gampenrieder, Rede für den 8.12.2020)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Bei vielen Dachauerinnen und Dachauer rief die Nachricht, dass unter anderem die Haushaltsansätze für ASV und TSV gestrichen wurden, großes Unverständnis hervor.

Vermutlich haben noch einige die blumigen Wahlflyer vor Augen, die kostenfreie Kitas, 1-Euro-Tickets für Busfahrten sowie eine neue Eishalle versprochen haben. *Sind etwa nur Corona und die Kreisumlage daran schuld, dass daraus so schnell nichts werden wird?*

Zur Beantwortung der Frage muss aus unserer Sicht das Zusammenspiel aus Schuldenstand, laufendem Haushalt und Investitionen betrachtet werden:

· **Dachau ist praktisch schuldenfrei, was eine gute Nachricht ist.** In den Vorjahren sind wir zum Glück immer wieder von befürchteten hohen Neuverschuldungen verschont geblieben; aber auch deshalb, weil geplante Investitionen immer wieder verschoben wurden.

· **Auf der anderen Seite übersteigen im Verwaltungshaushalt die laufenden Ausgaben die entsprechenden Einnahmen bei weitem.** ÜB und FDP haben diesen strukturellen Schiefstand bereits seit Jahren angemahnt. Hier ist nichts passiert und Corona hat den bereits vorhandenen Schiefstand noch verstärkt.

· **Die Stadt Dachau steht unverändert vor Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe bis zum Ende des Jahrzehnts;** im Vermögenshaushalt wird das viele Geld vor allem für Schulen und die Kinderbetreuung benötigt. Unabhängig von der Berücksichtigung in der mittelfristigen Finanzplanung sind auch Investitionen in die Sportstätten dringend notwendig. Schulsport ist schließlich eine Pflichtaufgabe, Breitensport ein Grundbedürfnis!

Einige sprechen fast gebetsmühlenartig von einer soliden Haushaltsführung, andere hingegen von einer unmittelbar bevorstehenden Pleite. *Wo liegt die Wahrheit?* Aus unserer Sicht irgendwo in der Mitte.

Zum Thema Kreisumlage haben wir uns bereits geäußert: wir sprechen uns gerade in Zeiten der Krise für eine solidarische Neuverschuldung der drei kommunalen Ebenen aus. Dies würde kurzfristig viel Druck von den Städten und Gemeinden nehmen.

Der Knackpunkt ist und bleibt aber der Verwaltungshaushalt. Durch das hohe laufende Defizit können die künftigen Investitionen nicht finanziert werden. Da mag der Schuldenstand noch so niedrig sein. **Paradox aber wahr: wir sind fast schuldenfrei und trotzdem nicht kreditfähig!**

Die Stadt steht nun vor den Scherben ihrer jahrelang verfehlten Haushaltspolitik. Die Vorschläge von ÜB und FDP aus den vergangenen Jahren wurden leider allzu oft übergangen. So beispielsweise jüngst beim Thema Hallenbad. Dass wir zwar optisch ansprechend, dafür aber auch ziemlich teuer gebaut haben, ist hinlänglich bekannt. Warum hält man trotz solcher Erfahrungen noch immer an der Option eines zweiten Bauabschnitts fest? Klar, einige Bürgerinnen und Bürger würden sich über eine neue Sauna freuen, viel wichtiger sind uns aber neue Turnhallen und Sportstätten.

Im vorgelegten Haushaltsentwurf fehlen uns Ideen für die Zukunft: *wie wollen wir etwa mit Themen wie flächendeckendes schnelles Internet, Smart City und Digitalisierung in den nächsten Jahren umgehen?* Mit gezielten Investitionen könnte

die Lebensqualität für die Bürger und die Attraktivität des Gewerbebestandsorts Dachau verbessert werden. Dass hier keine substanziellen Mittel eingesetzt werden können, ist angesichts der Historie kein Wunder!

Wie kommen wir aus dem Dilemma raus? Durch einen möglichst breiten Konsens, wie die Ausgaben wieder in Übereinstimmung mit den Einnahmen gebracht werden können. Wir sehen drei wesentliche Dauerbaustellen, die es zu lösen gilt:

· **Das hohe laufende Defizit bei der Kinderbetreuung:**

Zur Erinnerung: 2019 betrug das städtische Defizit pro in Dachau betreutem Kind über 4.000 Euro. Vor diesem Hintergrund wurde jetzt unter anderem eine Erhöhung der Kindergartengebühren um 50 Euro pro Monat beschlossen. Aus unserer Sicht ein kurzfristig tragbarer, aber eigentlich fauler Kompromiss. Von 100 Euro, die der Staat in Folge des „Gute-Kita-Gesetzes“ monatlich zuschießt, kommen somit nur noch 50 Euro bei den Eltern an. Gutverdienende freuen sich über 50 Euro extra, weniger Gutverdienende müssen auf 50 Euro verzichten.

Und die Stadt Dachau zahlt noch immer gehörig drauf – was vielen Eltern vermutlich gar nicht bewusst ist. Eine neue Gebührensystematik ist in der Diskussion. ÜB und FDP unterstützen dies, wenn zwei Kernforderungen erfüllt sind: eine höhere Kostendeckung und eine angemessene Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Familien.

· **Die immer höheren Personalaufwendungen:**

Wir sehen die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit bei weitem als nicht als ausgeschöpft an. Statt immer nur zu schimpfen, was einem der Bund und der Freistaat noch alles aufbürdet, sollte verstärkt die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden gesucht werden. Nicht jede Kommune braucht eine eigene Vergabestelle oder einen eigenen Datenschutz- und Informationssicherheitsbeauftragten. Zusammenarbeit schafft (nicht nur bei diesem Thema) Mehrwert!

· **Das seit langem schwächelnde Gewerbesteueraufkommen:**

Wir bestehen auf einen möglichst hohen Gewerbe-Anteil auf dem ehemaligen MD-Gelände, davon einige Flächen in städtischer Hand. Wir haben übrigens keine Zweifel, dass sich solche Flächen im Großraum München mittelfristig auch gut vermarkten lassen. Dass Wohnungsbau schnell mehr Rendite bringt, interessiert vor allem den Investor. Davon sollten wir uns nicht leiten lassen.

Zudem bauen wir auf einen Neuanfang bei der städtischen Wirtschaftsförderung. So wie in den letzten sechs Jahren kann es nicht weitergehen. Wichtige Gewerbebetriebe verließen die Stadt, das Gewerbesteueraufkommen entwickelte sich bekanntlich ausbaufähig. Wir erwarten uns künftig ein offenes Ohr für die ortsansässige Wirtschaft sowie schnell umsetzbare Konzepte, wie der Wirtschaftsstandort Dachau nachhaltig gestärkt werden kann.

Die drei vorgenannten Themen sind nicht neu, aber unverändert wichtig. Spätestens heute wissen wir, dass sich auch die öffentliche Haushaltsführung an Kennzahlen und dahinterstehenden betriebswirtschaftlichen Kriterien messen lassen muss. Noch vor einem Jahr wurde dies an dieser Stelle ausdrücklich in Zweifel gezogen. Vielleicht war das aber auch nur der bevorstehenden Kommunalwahl geschuldet.

Da unsere bisherigen Warnungen und auch Vorschläge zum Thema Haushalt scheinbar nicht durchgedrungen sind, setzen wir heute ein unmissverständliches Zeichen: die ÜB und die FDP lehnen diesen Haushaltsentwurf ab.

Wir bieten allen demokratischen Kräften unverändert unsere konstruktive Zusammenarbeit an – übrigens nicht nur was die dringend notwendige Sanierung des Verwaltungshaushalts betrifft.

Natürlich darf – bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten – eines nicht fehlen: unser Dank an alle Beschäftigten bei der Stadt, den Stadtwerken, der Stadtbau und der VHS. Und natürlich auch unsere besten Wünsche für ein frohes und vor allem gesundes Weihnachtsfest!